



Junta-Chef Videla (o. M.) 1978, Politiker Genscher, Schmidt 1980, Festnahme eines Demonstranten in Buenos Aires 1982: Viele Opfer wurden gefesselt

Leichen und Pinguine

Zeitgeschichte Die argentinische Junta tötete Zehntausende Menschen, darunter Dutzende Deutsche. Unternahm die Regierung von Helmut Schmidt genug gegen das Morden?

Im Sommer 1980 stand Kanzler Helmut Schmidt auf dem Höhepunkt seines Ansehens. Staats- und Regierungschefs aus aller Welt suchten den Rat des Sozialdemokraten, der dem Terror der Roten Armee Fraktion getrotzt hatte und nun zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion vermittelte.

Der argentinische Wirtschaftsminister José Martínez de Hoz durfte es als Erfolg betrachten, am 3. Juni im Kanzleramt empfangen zu werden. Die beiden Männer tauschten sich über die Probleme der Zeit aus, zwischendurch kam der Kanzler auf ein heikles Thema zu sprechen. Schmidt verlangte Auskunft, was mit den mehreren Dutzend Deutschen in Argentinien geschehen sei, die Sicherheitskräfte der Militärjunta verschleppt hätten – und die seitdem verschwunden waren.

Der Protokollant notierte als Antwort: „Die Frage der Verschwundenen sei sehr schwierig. Es werde der Zeitpunkt kommen – noch sei er nicht erreicht –, in dem die Regierung sagen müsse, dass deren Schicksal unaufklärbar sei.“ Unaufklär-

bar – eine diplomatisch kaum verbrämte Umschreibung für tot, für ermordet, für Verbrechen.

Der Kanzler forderte laut dem Vermerk nicht, die Verantwortlichen zu bestrafen. Er bat nicht darum, zumindest die Angehörigen der Opfer zu informieren. Er drohte nicht mit Sanktionen und nicht mit einem Abbruch der Beziehungen. Er wechselte erneut das Thema.

So kamen die Männer noch auf eine Argentinien-Reise zu sprechen, die Schmidts Frau Loki plante. Diese wolle „als Privatperson“ behandelt werden, sagte der Kanzler. Martínez de Hoz schwärmte: Argentinien habe „die größte Seelöwen- und Pinguin-Konzentration der Erde“, und er kenne jemanden, der Loki Schmidt gern „das argentinische ‚wildlife‘ zeigen“ könne. Schmidts Presseleute verbreiteten anschließend, der Kanzler habe die „Frage der Menschenrechte zur Sprache gebracht“. So stand es dann in den Zeitungen.

Zwischen 1976 und 1983 entführten und ermordeten argentinische Militärs bis zu 30 000 Menschen. Viele Opfer wurden ge-

fesselt und leicht betäubt aus Flugzeugen in den Río de la Plata oder ins offene Meer geworfen. Die Junta hoffte, dass die Ungewissheit über das Schicksal der Verschwundenen potenzielle Regimegegner einschüchtern werde. Und manche Kinderlose unter den Tätern adoptierten Babys und Kleinkinder der von ihnen ermordeten Oppositionellen.

Die argentinische Militärjunta ist Vergangenheit, doch die Erinnerung ist präsent, auch in der Bundesrepublik. Viele lesen Romane über diese Zeit, etwa von der Bestsellerautorin Elsa Osorio, oder schauen Filme wie den Oscar-prämierten Thriller „In ihren Augen“. Die Medien berichten über Prozesse gegen die Täter.

Laut den Akten des Auswärtigen Amts sind unter den Toten 74 Deutsche und Deutschstämmige zu finden. Die Bundesrepublik tritt deshalb im heute wichtigsten Verfahren gegen Angehörige der Junta als Nebenklägerin auf.

Eine Aufarbeitung der eigenen Rolle ist allerdings bislang unterblieben. Es sei nicht die Aufgabe der aktuellen Bundesregie-



und leicht betäubt aus dem Flugzeug geworfen

rung, das Handeln ihrer Vorgänger zu bewerten, erklärt das Auswärtige Amt. Immerhin hat das Amt einen Großteil seiner Akten freigegeben. Der SPIEGEL sichtet sie und befragte zahlreiche Zeitzeugen.

Der Rückblick lohnt sich, denn bis heute wird die Außenpolitik der Bundesrepublik geprägt durch jenen Politikstil, der in der sozialliberalen Ära von Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) entstand, den beiden wohl populärsten Expolitikern der Bundesrepublik: stille Diplomatie gegenüber Diktaturen statt lautstarker Forderungen, Reformen von innen statt Regime-Change von außen, Kooperation statt Konfrontation – und dabei maximaler Schutz für die deutsche Exportwirtschaft.

Damals, in den ersten Jahren der argentinischen Militärdiktatur, profitierte Deutschland; die Ausfuhren verdoppelten sich. Und da die Junta ihre Streitkräfte modernisieren wollte, plante man in Bonn, die deutsche Rüstungsindustrie bald „in größerem Umfang Kriegsschiffe und Rüstungsmaterial (nach Argentinien –Red.) als an irgendein anderes Land der Dritten Welt“ exportieren zu lassen, wie ein Ministerialdirektor notierte.

Es war eine Zeit, in der linke Menschenrechtler noch nicht Helden waren, sondern unter Terrorismusverdacht standen, und der Westen ernsthaft fürchtete, gegenüber der maroden Sowjetunion ins Hintertreffen zu geraten, auch in Lateinamerika.

Deutsche Politiker blickten voller Sorge auf Argentinien, das dem Zusammenbruch nahe schien. Die Wirtschaft war zerrüttet, die Devisenreserven reichten im März 1976 noch für eine Woche, links- und rechtsextreme Terrorgruppen liquidierten täglich Menschen. Am 24. März schlugen die Oberbefehlshaber von Heer, Marine und Luftwaffe zu und ließen Präsidentin Isabel Perón verhaften.

Jorge Videla, ein sich bescheiden gebender General mit buschigem Schnauzer, übernahm die Macht und verkündete einen „Prozess der Nationalen Reorganisation“. Die rechten Militärs planten insgeheim die Ermordung Zehntausender Menschen: 25 000 sogenannte Subversive, 20 000 Sympathisanten und „5000 aus Versehen“, wie einer der Generale intern vorrechnete.

Schon bald überzog ein Netz von geheimen Gefängnissen das Land. Gefoltert und getötet wurden militante Regimegegner, aber auch friedliche Gewerkschafter, Studenten, Priester, Sozialarbeiter.

Der deutsche Botschafter Jörg Kastl war von den Militärs über den geplanten Putsch vorab informiert worden; die Bundesregierung entschied, ein neues Regime rasch anzuerkennen. Der Militärputsch sei der „einzig gangbare Weg“, schrieb Kastl nach Bonn. Die Bundesregierung erklärte, sie wolle auch unter den neuen Umständen die „traditionell freundschaftlichen Beziehungen fortsetzen“. Die Militärs bedankten sich: Das „positive Verhalten“ Bonns sei „politisch bedeutsam“ gewesen.

Wie andere Beobachter fürchtete auch der stramm antikommunistische Kastl ein Abgleiten Argentinien „in linksautoritäre Abenteuer“, also eine Art zweites Kuba. Eine Einschätzung, die im Auswärtigen Amt weit verbreitet war. Es müsse „alles getan werden“, damit „Argentinien im westlichen Lager bleibt“, notierte der für Lateinamerika zuständige Abteilungsleiter; Genscher stimmte zu. Die Schlussfolgerung des Abteilungsleiters lautete: „Die Bundesregierung ist am Bestand der Regierung Videla interessiert.“

Dabei dauerte es keine drei Wochen, bis das erste Mal jemand nachts an die Tür der Residenz des Botschafters in Buenos Aires klopfte. Es war ein junger Deutscher, der einige Tage in einem Folterzentrum festgehalten worden war und „Grauenhaftes“ berichtete; so erzählte es Botschafter Kastl dem SPIEGEL, bevor er Anfang des Jahres starb. Immerhin war der junge Mann wieder freigekommen.

Bald gab es den ersten deutschen Toten: der Münchner Student Klaus Zieschank, verhaftet wenige Tage nach dem Staatsstreich. Der 24-Jährige stand vermutlich auf einer Todesliste, weil er sich in der bayerischen Landeshauptstadt in einer Solidaritätsbewegung für Gefangene der

Pinochet-Diktatur in Chile engagiert hatte. In Buenos Aires machte er ein Praktikum. Kurz nach seinem „Verschwinden“ erhielt die deutsche Botschaft einen Hinweis, Zieschank sei in den Händen argentinischer Sicherheitsbehörden. Doch welcher?

Die argentinischen Militärs hatten das Ausmaß der internationalen Proteste registriert, die Pinochets Staatsstreich im benachbarten Chile einige Jahre zuvor hervorgerufen hatte. Das sollte ihnen nicht passieren, und so verschleierten sie systematisch Zustände und Zuständigkeiten. Verhaftungen erfolgten – wie im Fall Zieschank – durch Sicherheitskräfte in Zivil. Die regionalen Befehlshaber bekamen freie Hand, sodass die Staatsspitze jederzeit die Verantwortung leugnen konnte. Da die Militärs auch noch den Staatsapparat unter sich aufgeteilt hatten, konnte das Außenministerium – es war an die Marine gefallen – glaubhaft versichern, es wisse nicht, was das Innenministerium – gesteuert vom Heer – treibe. Und umgekehrt.

Vergebens lief die Botschaft lokale und zentrale Polizeistellen, die Streitkräfte, das Außen- und Innenministerium an. Stets lautete die Auskunft: Man wisse nichts.

Als Kanzler Schmidt im Juli 1976 in einem Brief an Videla Aufklärung über das Schicksal Zieschanks anmahnte, schrieb der Diktator zurück, es gebe „keine Beweise dafür, dass Herr Zieschank durch eine zuständige Stelle verhaftet“ worden sei. Vielleicht sei der Student „im Untergrund in Argentinien tätig“ oder verstecke sich „in einem anderen Land“. Dabei war Zieschank seit Wochen tot, er war gefesselt aus einem Flugzeug geworfen worden. Seine Leiche wurde im Mai 1976 am Ufer des Río de la Plata angespült und in einem Massengrab verscharrt. Man identifizierte ihn erst Jahre später.

Wohl selten ist eine moderne Diktatur derart abgefemt vorgegangen. Aber es funktioniert.

Zieschank sei „vielleicht ohne Kenntnis der Regierung wieder freigelassen worden und dann ‚untergetaucht‘“, spekulierte ein deutscher Diplomat – was bedeute, dass die Junta nichts machen könne. Gelegentliche Hinweise auf „falsche Auskünfte“ der Argentinier änderten nichts an dieser Einschätzung.

Weil in den Siebzigerjahren Botschaften die Hauptinformationsquelle für die Einschätzung der Lage in entfernten Ländern waren, verbreitete sich die Sicht aus Buenos Aires im deutschen Regierungsapparat. In Vorlagen, Vermerken, Briefen ist von argentinischen Sicherheitskräften die Rede, „die von der Regierung nicht mehr kontrolliert werden könnten“, oder von Einheiten der Polizei und des Militärs, die „möglicherweise außerhalb ihrer Befugnisse“ vorgehen. Schließlich sprach auch Kanzler Schmidt von „schweren innen-



Gedenkmarsch in Buenos Aires im März: „Wo sind die Leichen, wo sind die Gräber?“

politischen Wirren“ in dem lateinamerikanischen Land.

Ausgerechnet die Junta galt unter deutschen Diplomaten in Bonn als liberales Bollwerk gegen mysteriöse Hardliner, und die Militärs bemühten sich, diesen Eindruck zu nähren. Deutschen Gesprächspartnern präsentierten sie sich höflich, korrekt, geradezu mitfühlend. Außenminister César Guzzetti, ein Admiral, zeigte sich „bedrückt und beunruhigt“ über das Schicksal deutscher Verschwundener. Junta-Mitglied Emilio Massera heuchelte „Sorge“ über Zieschanks Verschwinden.

Botschafter Kastl spielte mit Massera Tennis. Er schrieb über Außenminister Guzzetti, dass sie beide „Sympathie und Freimit“ verbinde. Diktator Videla bezeichnete er als „hochanständigen Mann“.

Auch andere ließen sich blenden. Staatsminister Karl Mörsch (FDP) berichtete nach einem Besuch in Buenos Aires, die Junta würde ihre Macht „gern wieder abgeben“ und sehe die Bundesrepublik „als Vorbild“. Es seien ganz sicher „keine zynischen Diktatoren“; der neue Botschafter Joachim Jaenicke fand Videla „sensibel“, die Unterhaltung war „herzlich“.

Höhepunkt des perfiden argentinischen Spiels: Videla bot den Deutschen einen Geheimdienstoffizier als „vertrauensvollen Kontakt“ an, angeblich sollte der Mann bei der Suche nach Verschwundenen helfen. Und gleich zu Beginn der Kooperation im Januar 1978 kam dank seiner Hilfe ein Häftling frei.

Es blieb der einzige.

Major Peyrano gehörte dem berüchtigten „Batallón 601“ an und traf sich mit den verzweifelten Angehörigen in den Räu-

men der Botschaft – allein im Jahr 1978 waren es ein gutes Dutzend Termine. Peyrano bat um Informationen über die Umstände des Verschwindens. Nach drei Monaten hätte Bonn die Kooperation besser sein lassen, denn der Major erzählte einem Botschaftsangehörigen, seine Aufgabe sei nicht die „Hilfe für die Angehörigen Verschwundener“.

Erst 1980 wurde die Zusammenarbeit wegen Erfolglosigkeit beendet. Immerhin kam das Auswärtige Amt Jahre später in einer internen Untersuchung zu dem Schluss, es gebe keine Hinweise darauf, dass durch Peyrano „Schaden entstand“. Dieser sollte wohl „Aktivitäten vortäuschen und die Botschaft ruhigstellen“.

Kein Zweifel, die Bundesregierung wurde geleimt. Aber es stellt sich zugleich die Frage, ob sie sich leichtfertig leimen ließ. US-Diplomaten berichteten bereits kurze Zeit nach dem Putsch, es bestehe „kein Zweifel“, dass Polizisten und Soldaten „mit Wissen und/oder unter Anleitung hoher Sicherheits- und Regierungsstellen“ mordeten.

Konnten die Deutschen nichts merken? Oder wollten sie es nicht?

Spätestens vom 16. Juli 1980 an konnte es keine Zweifel mehr geben, an diesem Tag erklärte Junta-Mitglied Leopoldo Galtieri gegenüber dem deutschen Militärattaché laut einem Vermerk: „Natürlich seien die Verschwundenen nicht mehr vorhanden, er könne aber auch nicht behaupten, dass sie getötet seien, denn die nächste Frage würde dann lauten, ‚Wo sind die Leichen, wo sind die Gräber?‘“

Vielleicht ist es das größte Versäumnis deutscher Stellen, dieses Wissen für sich

behalten zu haben, auch gegenüber den Angehörigen. Erst im April 1983 erklärte die Junta alle „Verschwundenen“ offiziell für tot. Diabolischer Schlussakt eines siebenjährigen Staatsterrors.

Helmut Schmidt, 95, sagt heute, dass er sich an viele Einzelheiten der deutsch-argentinischen Beziehungen nicht erinnere. Die Diktatur liegt ja auch mehr als drei Jahrzehnte zurück. Aber klar ist: Die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien stand auf der Bonner Prioritätenliste nie weit oben.

Es war in der Bundesrepublik die Hochzeit des RAF-Terrorismus, und vielleicht ist deshalb in manchen Akten klammheimliche Sympathie für die Militärs zu entdecken. Botschafter Kastl etwa erklärte, er habe „Verständnis für Notwendigkeiten des Kampfes gegen den Terrorismus“. In Lander-Prosa schwadronierte der ehemalige Wehrmachtleutnant in seinen Berichten vom „Gnadenstoß“ des Regimes für die „Landguerilla“. Für Abteilungsleiter Karl-Alexander Hampe waren Oppositionelle „Feinde des jetzigen Systems“, welche die „Sicherheitskräfte immer mehr zur Brutalität provoziert“ hätten.

Hinter Kritik aus der Öffentlichkeit an der zurückhaltenden Reaktion der Bundesregierung witterte er eine „weltweit geführte Kampagne marxistischer Kreise mit Unterstützung durch Amnesty, Studentenvereinigungen, Weltkirchenrat, lateinamerikanischen Emigrantenkreisen“, denen es nur darum gehe „unsere Haltung gegenüber südamerikanischen Regierungen zu diskreditieren“.

Als die Argentinier gegen einen ARD-Kommentar zur Eröffnungsfeier der Fuß-

Hundeelend und Katzenjammer – Die Notaufnahme der Tierärztlichen Hochschule Hannover

Egal ob ein angefahrener Welpen reanimiert werden muss, ein Mischling Rattengift gefressen hat oder eine Magendrehung das Leben einer Dogge bedroht: Katzen und Hunde sind im Ernstfall in der Klinik für Kleintiere in Hannover gut aufgehoben. SPIEGEL-TV-Autor Markus Grün durfte mehrere Wochenenden in der Notaufnahme, den Operationsälen und auf der Intensivstation der Uniklinik drehen.

EUROPAWAHL 2014

Donnerstag, 22. 5., 20.15 – 21.00 Uhr | ZDF

Wie geht's Europa? Die Dokumentation

Zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 wählen die Bürger der 28 EU-Länder ein neues Europäisches Parlament. Es ist mittlerweile die achte Europawahl. Obwohl die Kompetenzen des Europäischen Parlaments stetig ausgeweitet wurden, sank die Wahlbeteiligung kontinuierlich. Was ist der Grund dafür? Einen Monat reisten die Autoren Almut Faass, Tom Ockers und Mitri Sirin auf dem Kontinent umher und besuchten Menschen, die das neue Europa täglich im eigenen Alltag erleben. An den Film schließt sich eine 90-minütige Diskussionsrunde mit Maybrit Illner an.

Sonntag, 25. 5., 22.00 – 23.15 Uhr | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Immer wieder montags – Antisemiten, Linksradikale und ein König demonstrieren für den Weltfrieden; **Traumpreise für Traumkühe** – Das globale Milch-Business; **Hitlers Untergang** – Angriff in der Normandie.

ball-WM 1978 protestierten („Während Präsident Videla hier friedlich redet, fließt das Blut durch die Straßen Argentiniens“), zeigte Kastls Nachfolger Jaenicke Verständnis. Solche Berichterstattung schaffe „Sicherheitsrisiken“.

Immerhin: Nach Zählungen des Amtes gelang es in 38 Fällen, die Argentinier dazu zu bewegen, Deutsche oder Deutschstämmige freizulassen. Viele von ihnen sind der deutschen Botschaft heute noch dankbar. Ist die stille Diplomatie damit als Erfolg zu werten? Oder hätten auch die verschwundenen und vermutlich ermordeten 74 Deutschen und Deutschstämmigen gerettet werden können, wenn Bonn entschlossener aufgetreten wäre? Und welchen Einfluss hätte die Bundesrepublik nehmen können, um den Massenmord an Argentinern zu stoppen? Hätte sie es mit einem Rüstungsembargo versuchen sollen, wie es die USA verhängten?

Ruth Weisz, 92, hat ihren Sohn in der Militärdiktatur verloren, ihr Urteil ist eindeutig: „Die Leute in der Botschaft sagten, sie würden sich einsetzen, aber es geschah überhaupt nichts.“ Die Tochter einer in Auschwitz ermordeten Jüdin lebt seit mehr als 50 Jahren in Vicente López, einer ruhigen Mittelschichtgegend im Norden von Buenos Aires. Platanen überschatteten die kleine Straße, hinter gepflegten Vorgärten liegen kleine Ein- und Zweifamilienhäuser.

Ihr Sohn Marcelo und seine Frau Susana waren vor der Bank verschleppt worden, in der Marcelo arbeitete. „Er half Kindern in Armenvierteln bei den Schularbeiten, das machte ihn in den Augen der Militärs verdächtig“, sagt seine Mutter. Anfang 1979 wurde das Paar ermordet.

„Andere Botschaften setzten sich vehement für ihre verschwundenen Staatsangehörigen ein“, sagt Ruth Weisz. Drei von Marcelos Mitgefangenen hatten die spanische Staatsbürgerschaft. „Das spanische Königspaar kam 1978 auf Staatsbesuch nach Argentinien“, erinnert sich Weisz. „Es flog nicht eher wieder ab, bis die Diktatur die drei Gefangenen im Flugzeug des Königs nach Spanien ausreisen ließ.“

Exaußenminister Genscher und Exkanzler Schmidt lassen heute erkennen, dass sie für das Videla-Regime keine Sympathie hegten. Beide mieden Argentinien wäh-

rend der Diktatur, gingen Vertretern des Regimes weitgehend aus dem Weg, schickten mitunter scharfe Schreiben nach Buenos Aires. Darin drohten sie mit „schwerwiegenden Folgen“ (Genscher) oder einer „Belastung der freundschaftlichen Beziehungen“ (Schmidt), sollten die Schicksale der deutschen Verschwundenen nicht aufgeklärt werden oder weitere Deutsche verschwinden. Damals lebten etwa 100 000 deutsche Staatsangehörige in Argentinien.

Doch es war eine Politik nach dem Motto: Bellen, nicht beißen.

Während der Kanzler öffentlich erklärte, die Beachtung der Menschenrechte und der Schutz der Deutschen in Argentinien seien „ein vordringliches Anliegen“, galt intern die Devise von Abteilungsleiter Hampe: „Unser Einsatz in der Menschenrechtsfrage sollte nicht so weit gehen, dass er zu einer entscheidenden und nachhaltigen Beeinträchtigung des deutsch-argentinischen Verhältnisses führte.“

Und so geschah es.

Ende März 1977 erfuhr die Bundesregierung von der Entführung Elisabeth Käsemanns. Sie hatte Sozialarbeit in den Armenvierteln von Buenos Aires geleistet und beim Fälschen von Pässen für Verfolgte geholfen, die das Land verlassen wollten. Heute würde die Studentin für ihr Engagement vermutlich geehrt werden. Damals teilte Kanzler Schmidt kühl mit, seine Regierung könne nicht klären, ob Käsemann eine Terroristin und im Feuergefecht mit der Polizei gestorben sei, wie das Regime behauptete – oder ob sie von der Junta gemeuchelt wurde, wie die Angehörigen richtigerweise annahmen.

Am 2. Mai 1977 genehmigte der Bundessicherheitsrat

die Lieferung von sechs U-Booten nach Argentinien, Auftragswert rund zwei Milliarden Mark. Bei Marinelieferungen sei der „Menschenrechtsaspekt nicht relevant“, erklärte Staatssekretär Peter Hermes. Es war der erste Milliardenauftrag, weitere Aufträge sollten folgen. Als später Flottenchef und Junta-Mitglied Armando Lambruschini, ein vielfacher Mörder, Genscher in Bonn besuchen wollte, notierte ein Mitarbeiter, der Minister könne dem Besuchswunsch „nicht ausweichen“. Lambruschini sei schließlich für die Vergabe der Aufträge der Flotte zuständig. Das Treffen fand statt.

Felix Bohr, Jens Glüsing, Klaus Wiegrefe



Junta-Opfer Käsemann, Zieschank
Auf der Todesliste



Demonstrierende in Berlin